

4. Tagung des 8. Stadtparteitages
der Partei DIE LINKE.
Stadtverband Magdeburg

3. Dezember 2022

| | |
|--|----|
| E I N L A D U N G..... | 3 |
| Entwurf der Tagesordnung..... | 4 |
| Entwurf des Zeitplans..... | 5 |
| Geschäftsordnung des 8. Stadtparteitages..... | 6 |
| Antrag des Stadtvorstandes | 8 |
| Abwahantrag nach §34 der Bundessatzung | 9 |
| Wahlordnung der Partei DIE LINKE..... | 10 |
| Bisher bekannte Kandidaturen für die Nachwahl Stadtvorstand:..... | 16 |
| Bisher bekannte Kandidaturen für die Delegierten Landesparteitag (insg. 16 Delegiertenmandate): | 17 |
| Bisher bekannte Kandidaturen für die Nachwahl der Delegierten Bundesparteitag: ... | 18 |
| Achtsamkeits-Konzept des Stadtverbandes DIE LINKE. Magdeburg | 19 |
| Bisher bekannte Kandidaturen für die Mitarbeit im Achtsamkeits-Team des Stadtverbandes: | 23 |

Arbeitsmaterialien

zur 3. Tagung des 8. Stadtparteitages als Gesamtmitgliederversammlung

Magdeburg, 31.08.2022

E I N L A D U N G

zur 4. Tagung des 8. Stadtparteitages als Gesamtmitgliederversammlung

Liebe Genoss:innen,
entsprechend dem Beschluss des Stadtvorstandes DIE LINKE. Magdeburg vom
31.08.2022 laden wir Dich

**am Samstag, 3. Dezember 2022 - um 10.00 Uhr
auf den Moritzhof, Moritzplatz 1 in Magdeburg**

zur 4. Tagung des 8. Stadtparteitages als Gesamtmitgliederversammlung ein. Die Gesamtmitgliederversammlung findet statt, um unsere Delegierten zum Landesparteitag neu zu wählen. Darüber hinaus braucht es eine Nachwahl für den Stadtvorstand und auch für die Ersatzdelegierten zum Bundesparteitag.

Mit solidarischen Grüßen

Nicole Anger und Robert Fietzke
Vorsitzende

Entwurf der Tagesordnung

1. Begrüßung
2. Beschluss Tagesordnung und Zeitplan
3. Beschluss der Geschäftsordnung
4. Rede der Stadtvorsitzenden
5. Bericht der Mandatsprüfungskommission
6. Anträge
 - a. Antrag des Stadtvorstandes
 - b. Abwahantrag gem. § 34 Bundessatzung
7. Wahl der Delegierten Landesparteitag
8. Nachwahl Stadtvorstand
9. Nachwahl Ersatzdelegierte Bundesparteitag
10. Vorstellung des Achtsamkeitskonzeptes des Stadtverbandes
 - a. Wahl eines Achtsamkeits-Teams
11. Debatte und Aussprache zu aktuellen Themen
12. Schlusswort

Entwurf des Zeitplans

| | |
|-----------|--|
| 10.00 Uhr | Begrüßung |
| 10.10 Uhr | Beschluss Tagesordnung und Zeitplan |
| 10.15 Uhr | Beschluss der Geschäftsordnung |
| 10.20 Uhr | Rede der Stadtvorsitzenden |
| 10.45 Uhr | Bericht der Mandatsprüfungskommission |
| 10.50 Uhr | Anträge |
| 11.30 Uhr | Wahl der Delegierten Landesparteitag |
| 12.30 Uhr | --- Pause --- |
| 13.15 Uhr | Nachwahl Stadtvorstand |
| 13.45 Uhr | Nachwahl Ersatzdelegierte Bundesparteitag |
| 14.05 Uhr | Vorstellung des Achtsamkeitskonzeptes des Stadtverbandes |
| 14.25 Uhr | Debatte und Aussprache zu aktuellen Themen |
| 15.30 Uhr | Schlusswort |

Wir bitten die Genoss:innen, die Interesse haben, für den Stadtvorstand und/oder als Delegierte für den Landes- bzw. Bundesparteitag zu kandidieren, sich vorab beim Stadtvorstand zu melden.

Geschäftsordnung des 8. Stadtparteitages

1. Der Stadtparteitag findet in Form einer Mitgliederversammlung statt.
2. Die Mitgliederversammlung wählt die Arbeitsgremien im Block und, sofern nicht auf Befragen ein Widerspruch dagegen erhoben wird, in offener Abstimmung
 - das Tagungspräsidium,
 - die Mandatsprüfungskommission,
 - die Wahlkommission,
 - die Antragskommission.
3. Wählbar sind alle Mitglieder der Partei DIE LINKE., die an der Mitgliederversammlung teilnehmen. Die Mitgliederversammlung kann zur Unterstützung der Wahlkommission weitere Wahlhelfer:innen bestätigen.
4. Die Arbeit der Mitgliederversammlung wird durch sein gewähltes Tagungspräsidium geleitet. Das Tagungspräsidium bestimmt aus seiner Mitte die Tagungsleitung.
5. Alle anwesenden Mitglieder des Stadtverbandes Magdeburg der Partei DIE LINKE. haben Rede-, Antrags- und Beschlussrecht.
6. Geschäftsordnung, Tagesordnung und Zeitplan werden zu Beginn des Stadtparteitages in dieser Reihenfolge beschlossen.
7. Der Ablauf des Stadtparteitages erfolgt entsprechend der beschlossenen Tagesordnung und des Zeitplanes.
8. Das Tagungspräsidium hat das Recht, Gästen das Wort zu erteilen.
9. Anträge zur Geschäftsordnung können mündlich gestellt werden. Vor der Abstimmung erhält ein:e Redner:in für und ein:e Redner:in gegen den Geschäftsordnungsantrag das Wort. Ihre Redezeit beträgt jeweils maximal 2 Minuten.
10. Persönliche Erklärungen können nach Beendigung des jeweiligen Tagesordnungspunktes abgegeben werden. Die Redezeit beträgt maximal 2 Minuten.
11. Anträge an die Mitgliederversammlung können bis zwei Wochen vor der Versammlung gestellt werden.
12. Dringlichkeits- und Initiativanträge sind selbstständige Anträge, die nach Antragsschluss auf besondere politische Ereignisse oder grundsätzliche politische bzw. gesellschaftliche Veränderungen reagieren und der Stadtparteitag durch entsprechende Beschlussfassung sich dazu verhalten muss. Dringlichkeits- und Initiativanträge können mit Unterstützung von mindestens 10 Prozent der anwesenden Mitglieder auch unmittelbar auf dem Stadtparteitag eingebracht werden.
13. Die Mitgliederversammlung ist öffentlich. Über die Durchführung geschlossener Sitzungen beschließt die Mitgliederversammlung auf Antrag mit einer Zwei-

Drittel-Mehrheit der Stimmen der anwesenden, wahlberechtigten Mitglieder der Partei DIE LINKE.

14. Bewerber:innen erhalten die Möglichkeit, sich den Teilnehmer:innen der Mitgliederversammlung vorzustellen. Ihre Redezeit beträgt maximal 5 Minuten. Danach sind Anfragen möglich. Die Zeit für Anfragen und Antworten je Bewerber:in ist auf drei Minuten begrenzt.
15. Funktelefone sind im Konferenzsaal stumm zu schalten.
16. Die Annahme der Geschäftsordnung erfolgt mit einfacher Stimmenmehrheit der anwesenden Mitglieder. Änderungen der beschlossenen Geschäftsordnung sind mit Zwei-Drittel-Mehrheit der Stimmen der anwesenden Mitglieder möglich.
17. Grundlagen der Wahlen sind neben den gesetzlichen Bestimmungen die Bundes- und die Landessatzung sowie die Wahlordnung der Partei DIE LINKE.

Antrag des Stadtvorstandes

Zusammensetzung und Größe des Stadtvorstandes 2022ff.

Der Stadtvorstand empfiehlt dem Stadtverband, den Stadtvorstand von 8 auf 12 Plätze zu erweitern und dabei folgende Funktionen quotiert zu besetzen:

- 2 Vorsitzende
- 1 Stellvertretende:r Vorsitzende:r
- 1 Schatzmeister:in
- 8 weitere Mitglieder des Stadtvorstandes.

Begründung: Im letzten Jahr zeigte sich, dass die Stadtvorstandsmitglieder aus beruflichen und/oder persönlichen Gründen sich in Teilen nicht derartig intensiv in die ehrenamtliche Arbeit des Stadtvorstandes einzubringen vermögen, wie es teilweise erforderlich gewesen wäre. Neben den regulären monatlichen Sitzungen fallen viele weitere Aufgaben an, wie die Vorbereitung eines Stadtparteitages – sowohl inhaltlich als auch organisatorisch -, Kommunikation mit den Ortsverbänden inkl. Teilnahme an deren Sitzungen, Treffen und Austausch mit den anderen Kreis- und Stadtverbänden sowie enge Kommunikation mit dem Landesvorstand. Und nicht zu vergessen, die Kommunikation mit unseren Genoss:innen im Stadtverband – per Mail, über Links&Aktuell, Pflege der Webseite, Einladungen per Post bis hin zu telefonischen und persönlichen Gesprächen. Weiterhin sind regelmäßige Veranstaltungen nicht nur anzuregen, sondern auch zu organisieren und durchzuführen. Darüber hinaus zeigt die aktuelle Situation im Zusammenhang mit der Kampagne „Heißer Herbst“, dass die Bündnisarbeit vor Ort viel Zeit erfordert und gleichzeitig auch die Mitwirkung im Kampagnenrat intensiv ist, um unseren Protest und unsere Forderungen auf die Straße zu bringen. Neben all den aktuellen Punkten fallen vielerlei Aufgaben des sogenannten laufenden Geschäftes – wie Finanzen, Mitgliederdatenbank pflegen - an, die auch kontinuierlich getan werden müssen. Der aktuelle Stadtvorstand freut sich insofern auf Genoss:innen, die aktiv bei all dem unterstützen wollen, um eine gute gelingende Arbeitssituation zu ermöglichen.

Abwahantrag nach §34 der Bundessatzung

Antragssteller*in: *linksjugend ['solid] Magdeburg*

Wir beantragen hiermit: Nach §34 Absatz 2b der Bundessatzung soll über eine Abwahl des stellvertretenden Vorsitzenden des Stadtverbandes DIE LINKE. Magdeburg, Lukas M. Hirtz, während der 4.Tagung des 8. Stadtparteitages des Stadtverbandes Magdeburg am 03.12.2022 entschieden werden.

§ 34 Absatz 2b der Bundessatzung besagt, dass eine Abwahl eines Parteiamentes zustande kommt, „wenn das wählende Organ in geheimer Abstimmung auf Antrag mit absoluter Mehrheit die Abwahl beschließt“.

Begründung: Die Begründung für diesen Antrag erfolgt mündlich während der Einbringung.

Wahlordnung der Partei DIE LINKE

Beschluss des Gründungsparteitages am 16. Juni 2007 in Berlin, geändert durch Beschluss des Parteitags der Partei DIE LINKE am 21./22./23. Oktober 2011 in Erfurt

§ 1 Geltungsbereich

(1) Diese Wahlordnung gilt für alle Wahlen innerhalb der Partei.

(2) Sie gilt, vorbehaltlich besonderer Bestimmungen der Wahlgesetze, auch für Versammlungen zur Aufstellung von Wahlbewerberinnen und -bewerbern für öffentliche Wahlen.

§ 2 Wahlgrundsätze

(1) Es gilt allgemein der Grundsatz der freien, gleichen und geheimen Wahl.

(2) Wahlen, die weder die Besetzung von Organen der Partei oder ihrer Gebietsverbände, noch mittelbar (Wahl von Vertreterinnen und Vertretern) oder unmittelbar die Aufstellung von Wahlbewerberinnen oder Wahlbewerbern betreffen, können offen durchgeführt werden, wenn keine wahlberechtigte Versammlungsteilnehmerin und kein wahlberechtigter Versammlungsteilnehmer dem widerspricht.

(3) Eine Versammlung kann im Rahmen des Grundsatzes nach Absatz 1 und im Rahmen der Bundessatzung ergänzende oder abweichende Bestimmungen zu den §§ 8 und 10 bis 12 treffen. Ein entsprechender Versammlungsbeschluss kann jedoch niemals rückwirkend auf eine bereits stattgefundene Wahlhandlung angewendet werden.

(4) Nach Versammlungsbeschluss sind auch elektronische Wahlen zulässig, soweit diese das Wahlgeheimnis, den Datenschutz und die Manipulations- und Dokumentationssicherheit gewährleisten. Die Bestimmungen dieser Wahlordnung sind dabei sinngemäß anzuwenden.

§ 3 Ankündigung von Wahlen

(1) Wahlen sind anzusetzen, wenn Neu- oder Nachwahlen satzungsgemäß vorgeschrieben sind oder wenn ein zulässiger Antrag auf die Durchführung von Neu- oder Nachwahlen bzw. ein zulässiger Abwahantrag vorliegt.

(2) Wahlen können nur stattfinden, wenn zur Wahl spätestens 10 Tage vorher eingeladen wurde.

(3) Soweit die Wahlen nicht satzungsgemäß vorgeschrieben sind, bleibt es der Versammlung unbenommen, angekündigte Wahlen ganz oder teilweise von der Tagesordnung abzusetzen.

§ 4 Wahlkommission

(1) Zur Durchführung einer oder mehrerer Wahlen bestimmt die Versammlung in offener Abstimmung eine Wahlkommission, welche aus ihrer Mitte eine Wahlleiterin

oder einen Wahlleiter bestimmt, sofern diese oder dieser nicht bereits durch die Versammlung bestimmt wurde.

(2) Die Wahlkommission leitet die Wahlhandlung und stellt das Wahlergebnis fest.

(3) Die Mitglieder der Wahlkommission müssen der Versammlung nicht angehören. Die Wahlkommission kann bei Bedarf weitere Wahlhelferinnen und Wahlhelfer hinzuziehen.

(4) Wer selbst für ein zu wählendes Parteiamt oder Mandat kandidiert, kann nicht der Wahlkommission angehören. Nimmt ein Mitglied der Wahlkommission eine Kandidatur an, scheidet es unmittelbar aus der Wahlkommission aus.

§ 5 Wahl für unterschiedliche Parteiämter oder Mandate

(1) Wahlen für unterschiedliche Parteiämter oder Mandate finden in jeweils gesonderten Wahlgängen nacheinander statt. Die Versammlung kann entscheiden, dass Wahlgänge parallel stattfinden können.

(2) Bei parallel stattfindenden Wahlgängen ist eine gleichzeitige Wahlbewerbung auch dann möglich, wenn die gleichzeitige Annahme der zu wählenden Parteiämter und Mandate ausgeschlossen ist.

(3) Bei der Aufstellung der einzelnen Listenplätze von Wahlvorschlagslisten für öffentliche Wahlen ist analog zu verfahren. (Ausnahme: siehe § 6 Absatz 4)

§ 6 Wahl für gleiche Parteiämter oder Mandate

(1) Wahlen für mehrere gleiche Parteiämter oder Mandate werden in der Regel in zwei aufeinander folgenden Wahlgängen durchgeführt. Dabei werden im ersten Wahlgang die gemäß den Vorgaben zur Geschlechterquotierung (Bundessatzung § 10 Absatz 4) den Frauen vorbehaltenen Parteiämter oder Mandate besetzt. Im zweiten Wahlgang werden die danach verbleibenden Parteiämter oder Mandate besetzt.

(2) Beide Wahlgänge können, auf Beschluss der Versammlung, parallel stattfinden, wenn nicht mehr Frauen vorgeschlagen werden als gemäß den Vorgaben zur Geschlechterquotierung insgesamt mindestens gewählt werden sollen oder wenn alle (weiblichen) Bewerberinnen bereits vorab auf die Teilnahme am zweiten Wahlgang verzichten. Die Teilung in zwei Wahlgänge entfällt, wenn nicht mehr Männer vorgeschlagen werden, als gemäß den Vorgaben zur Geschlechterquotierung insgesamt höchstens gewählt werden können.

(3) Zusätzliche Wahlgänge, zum Beispiel zur Berücksichtigung von Gebietsverbänden oder zur Sicherung besonderer Quoten, sind nach Versammlungsbeschluss zulässig. Die Absätze 1 und 2 sind dabei sinngemäß anzuwenden.

(4) Bei der Aufstellung von Wahlvorschlagslisten für öffentliche Wahlen können nach einem entsprechenden Versammlungsbeschluss mehrere aufeinander folgende Listenplätze wie gleiche Mandate behandelt werden. Dabei werden in dem gemäß der Geschlechterquotierung den Frauen vorbehaltenen ersten Wahlgang die ungeraden, im zweiten Wahlgang die geraden Listenplätze, jeweils in der Reihenfolge der

erreichten Ja- Stimmen - Zahlen, besetzt. (Bundessatzung § 10 Absatz 5)

§ 7 Wahlvorschläge

(1) Jedes Parteimitglied kann Wahlvorschläge unterbreiten oder sich selbst bewerben. Für weitere Wahlgänge nach § 12 können nur wahlberechtigte

Versammlungsteilnehmerinnen und -teilnehmer Wahlvorschläge unterbreiten.

(2) Wahlvorschläge müssen schriftlich eingereicht werden. Das schriftliche Einverständnis der Vorgeschlagenen muss vorliegen. (Elektronische Übermittlung ist ausreichend).

(3) Wenn eine vorgeschlagene Person in der Wahlversammlung selbst anwesend ist, kann sowohl der Wahlvorschlag als auch die Zustimmung der Bewerberin bzw. des Bewerbers durch Zuruf erfolgen. Auf Zuruf können jedoch nur wahlberechtigte Versammlungsteilnehmerinnen und -teilnehmer Wahlvorschläge unterbreiten.

(4) Wahlvorschläge sind bis zum Abschluss der Bewerberinnen -und Bewerberliste für den entsprechenden Wahlgang zulässig.

(5) Alle vorgeschlagenen Bewerberinnen und Bewerber erhalten eine angemessene Redezeit zu ihrer Vorstellung. Über die angemessene Zeit und über Möglichkeit und Umfang von Fragen an Bewerberinnen und Bewerber und Stellungnahmen zu Bewerberinnen und Bewerbern ist durch Versammlungsbeschluss zu entscheiden. Dabei sind die Bewerberinnen und Bewerber für gleiche Parteiämter oder Mandate gleich zu behandeln.

§ 8 Stimmenabgabe

(1) Stimmzettel in einem Wahlgang müssen in Form und Farbe einheitlich sein.

(2) In jedem Wahlgang sind alle Bewerberinnen und Bewerber in alphabetischer Reihenfolge auf einen einheitlichen Stimmzettel aufzunehmen.

(3) Jede und jeder Wahlberechtigte hat das Recht, hinter dem Namen jeder Bewerberin und jedes Bewerbers mit Ja, mit Nein oder mit Enthaltung zu stimmen. Fehlt eine Kennzeichnung, ist dies eine Enthaltung.

(4) Die Zahl der zulässigen Ja- Stimmen in einem Wahlgang ist auf die Zahl der zu besetzenden Parteiämter oder Mandate begrenzt. Die zulässige Zahl der Ja- Stimmen muss bei der Stimmabgabe nicht ausgeschöpft werden.

(5) Ist die Zahl der Bewerberinnen und Bewerber in einem Wahlgang größer als die Zahl der zu besetzenden Parteiämter oder Mandate, entfällt die Möglichkeit von Nein-Stimmen.

§ 9 Stimmenauszählung und ungültige Stimmen

(1) Die Stimmenauszählung durch die Wahlkommission ist parteiöffentlich. Die ordnungsgemäße Auszählung darf durch die Öffentlichkeit nicht beeinträchtigt werden. Bei der Stimmenauszählung ist zu gewährleisten, dass keine Rückschlüsse auf das Wahlverhalten möglich sind.

(2) Die Wahlkommission hat Stimmzettel für ungültig zu erklären, wenn auf ihnen der Wille der oder des Wählenden nicht gemäß dieser Wahlordnung erkennbar ist, wenn auf ihnen mehr Stimmen als zulässig abgegeben wurden oder wenn sie das Prinzip der geheimen Wahl verletzen.

§ 10 Erforderliche Mehrheiten

(1) Grundsätzlich sind mit Ausnahme der Regelung in Absatz 2 in einem Wahlgang diejenigen gewählt, bei denen die Zahl der gültigen Ja- Stimmen größer ist, als die zusammengefasste Zahl der gültigen Nein- Stimmen und der gültigen Enthaltungen (absolute Mehrheit). Durch Satzung oder durch Versammlungsbeschluss kann für bestimmte Ämter auch ein höheres Quorum bestimmt werden.

(2) Bei Delegiertenwahlen oder – nach einem entsprechenden Versammlungsbeschluss – auch bei anderen Wahlen ist es ausreichend, wenn die Zahl der gültigen Ja- Stimmen größer ist als die Zahl der gültigen Nein- Stimmen (einfache Mehrheit). In Wahlgängen ohne die Möglichkeit von Nein- Stimmen haben die Bewerberinnen bzw. Bewerber die einfache Mehrheit erreicht, wenn sie auf mindestens einem Viertel der gültigen Stimmzettel gewählt wurden. Durch Versammlungsbeschluss kann ein anderes Mindestquorum bestimmt werden.

§ 11 Reihenfolge der Wahl und Verfahren bei Stimmgleichheit

(1) Haben in einem Wahlgang mehr Bewerberinnen oder Bewerber die jeweils erforderliche Mehrheit erreicht, als überhaupt Parteiämter oder Mandate zu besetzen waren, sind die Bewerberinnen und Bewerber mit den höchsten Stimmen – Zahlen gewählt.

(2) Bei Delegiertenwahlen sind alle weiteren Bewerberinnen und Bewerber mit der erforderlichen Mehrheit in der Reihenfolge ihrer Stimmen - Zahl als Ersatzdelegierte gewählt, soweit nicht zur Wahl der Ersatzdelegierten gesonderte Wahlgänge stattfinden.

(3) Entfällt auf mehrere Bewerberinnen bzw. Bewerber die gleiche Stimmenzahl, entscheidet eine Stichwahl. Kommt auch die Stichwahl zu keinem Ergebnis entscheidet das Los.

(4) Bei den Wahlen der weiteren Mitglieder des Parteivorstandes oder eines Landesvorstandes sind die Bewerberinnen und Bewerber in der Reihenfolge ihrer Stimmen - Zahlen gewählt, soweit sie sowohl die erforderliche Mehrheit nach § 10 dieser Ordnung erhalten haben, als auch der Bedingung nach § 32 Absatz 4 der Bundessatzung (Höchstzahl von Mandatsträgerinnen und -trägern der Europa-, Bundes- oder Landesebene im Parteivorstand und in den Landesvorständen) genügen. Die Bedingung nach § 32 Absatz 4 der Bundessatzung ist bereits im ersten Wahlgang (nach § 6 Absatz 1 Satz 2) anteilig zu berücksichtigen.

§ 12 Weitere Wahlgänge und Stichwahlen

(1) Bleiben nach einem Wahlgang Parteiämter oder Mandate unbesetzt, kann durch Versammlungsbeschluss entweder

- die Wahl vertagt oder
- ein weiterer Wahlgang (nach den §§ 5 bis 11) aufgerufen oder
- eine Stichwahl herbeigeführt werden.

(2) In einer Stichwahl stehen diejenigen noch nicht gewählten Bewerberinnen und Bewerber zur Wahl, die in den zuvor stattgefundenen Wahlgängen die meisten Ja - Stimmen erhalten haben, soweit sie ihre Wahlbewerbung nicht zurückziehen. Neue Bewerbungen sind unzulässig. Dabei stehen höchstens doppelt so viele Bewerberinnen bzw. Bewerber zur Wahl, wie noch Parteiämter bzw. Mandate zu besetzen sind, bei Stimmgleichheit der letzten Bewerberinnen bzw. Bewerber ausnahmsweise auch mehr. Ein Nachrücken in die Stichwahl an Stelle von Wahlbewerberinnen bzw. -bewerbern, die ihre Bewerbung zurückgezogen haben, ist nicht möglich. Gewählt sind die Bewerberinnen bzw. Bewerber mit den meisten Stimmen. Falls nach einem zuvor stattgefundenen Wahlgang so viele Wahlbewerbungen zurückgezogen werden, dass nur noch so viele Bewerbungen wie zu besetzende Funktionen übrig bleiben, ist statt einer Stichwahl ein weiterer Wahlgang aufzurufen.

(3) Bei den Wahlen der weiteren Mitglieder des Parteivorstandes oder eines Landesvorstandes können an einer Stichwahl mindestens doppelt so viele Bewerberinnen und Bewerber, die keine Mandatsträgerinnen und -träger der Europa-, Bundes- oder Landesebene sind, teilnehmen, wie gemäß § 32 Absatz 4 der Bundessatzung mindestens noch gewählt werden müssen. Die zulässige Zahl von Mandatsträgerinnen und -trägern verringert sich gegebenenfalls entsprechend. Die Bewerberinnen und Bewerber sind in der Reihenfolge ihrer Ja – Stimmen – Zahlen gewählt, soweit sie der Bedingung nach § 32 Absatz 4 der Bundessatzung (Höchstzahl von Mandatsträgerinnen und -trägern der Europa-, Bundes- oder Landesebene im Parteivorstand und in den Landesvorständen) genügen.

§ 13 Annahme der Wahl, Wahlprotokoll und Nachwahlen

(1) Eine Wahl gilt als angenommen, wenn die oder der Gewählte dem nicht unmittelbar nach Bekanntgabe des Wahlergebnisses widerspricht.

(2) Jede Wahl ist zu protokollieren. Das Protokoll muss alle ergänzenden Versammlungsbeschlüsse zu dieser Wahlordnung und alle Wahlergebnisse enthalten. Es ist durch die Wahlleiterin bzw. den Wahlleiter und zwei weitere Mitglieder der Wahlkommission zu unterzeichnen. Die Wahlunterlagen (Wahlprotokoll, Stimmzettel, Zählzettel, Wahllisten usw.) sind für die Dauer der Wahlperiode der Gewählten aufzubewahren.

(3) Vakante Parteiämter sind durch Nachwahlen zu besetzen.

(4) Vakante Delegiertenmandate sind nur dann durch Nachwahlen zu besetzen, wenn unter Beachtung der Vorgaben zur Geschlechterquotierung (Bundessatzung § 10 Absatz 4) keine gewählten Ersatzdelegierten mehr zur Verfügung stehen.

§ 14 Wahlwiederholung

(1) Wird während der Wahlhandlung oder während der Stimmenauszählung ein Wahlfehler festgestellt, der relevanten Einfluss auf das Wahlergebnis haben kann, hat die Wahlkommission die Wahlhandlung bzw. die Stimmenauszählung sofort abubrechen und die Wiederholung der Wahlhandlung zu veranlassen. Der Grund für die Wahlwiederholung ist im Wahlprotokoll festzuhalten.

(2) Im Übrigen kann eine Wahlwiederholung nur infolge einer Wahlanfechtung stattfinden.

§ 15 Wahlanfechtung

(1) Wahlen können bei der zuständigen Schiedskommission angefochten werden, wenn die Verletzung von Bestimmungen dieser Wahlordnung, der Parteisatzung, des Parteiengesetzes, der Wahlgesetze oder des Verfassungsrechts behauptet wird und eine solche Rechtsverletzung zumindest möglich erscheint.

(2) Wahlanfechtungen haben keine aufschiebende Wirkung.

(3) Anfechtungsberechtigt sind:

- a. der Parteivorstand und die zuständigen Landes- und Kreisvorstände
- b. wahlberechtigte Versammlungsteilnehmerinnen und –teilnehmer
- c. unterlegene Wahlbewerberinnen und -bewerber.

(4) Eine Wahlanfechtung ist binnen zwei Wochen nach Ablauf des Tages, an dem die Wahl stattfand, zulässig.

(5) Eine Wahlanfechtung ist nur begründet, wenn und soweit der behauptete Mangel Einfluss auf das Ergebnis der Wahl gehabt haben kann.

(6) Die Schiedskommission ist bei einer berechtigten Wahlanfechtung befugt, eine Wahlwiederholung anzuordnen.

Bisher bekannte Kandidaturen für die Nachwahl Stadtvorstand:

Liste zur Sicherung der Mindestquotierung:

Gemischte Liste:

Aktueller Stadtvorstand (2021-2023)

Nicole Anger, Co-Vorsitzende

Robert Fietzke, Co Vorsitzender

Lukas Hirtz, stellvertretender Vorsitzender (Mandat ruhend auf Beschlusslage des Stadtvorstandes vom 14.06.2022)

Iris Gottschalk, Schatzmeisterin

Vera Baryshnikov, Beisitzerin

Siegfried Kratz, Beisitzer

Rücktritte:

Jennifer Lemke, Beisitzerin – Rücktritt am 17.08.2022 inkl. Parteiaustritt

John Lucas Dittrich, Beisitzer – Rücktritt am 15.09.2022

**Bisher bekannte Kandidaturen für die Delegierten
Landesparteitag (insg. 16 Delegiertenmandate):**

Liste zur Sicherung der Mindestquotierung:

Gemischte Liste:

Bisher bekannte Kandidaturen für die Nachwahl der Delegierten Bundesparteitag:

Liste zur Sicherung der Mindestquotierung:

Gemischte Liste:

Bereits gewählte Delegierte am 3.06.2022:

Delegierte

Nicole Anger

Charlotte Baschwitz

John Lucas Dittrich

André Günther (JL)

Ersatzdelegierte

Iris Gottschalk

Christoph Matthias

Anton Relke

Achtsamkeits-Konzept des Stadtverbandes DIE LINKE.

Magdeburg

basierend auf den Konzepten des Bundesparteitages, der linksjugend [‘solid] Berlin sowie dem Grundkonzept des Awareness-Kollektives Berlin

Was ist Awareness?

Der Begriff “Awareness” kommt aus dem Englischen „to be aware“ und bedeutet (im weiteren Sinne) „sich bewusst sein, sich informieren, für bestimmte Problematiken sensibilisiert sein“. Gemeint ist ein achtsamer und respektvoller Umgang miteinander. Auch innerhalb unserer Partei gibt es Ungleichheiten, die sich in Alter, Geschlecht, Wissen, Herkunft, Lebensweise oder Kultur zeigen. Dabei können Menschen aufgrund bestimmter Merkmale bevorteilt (Privilegierung) und/oder benachteiligt (Diskriminierung, Gewalt) werden – ob das bewusst oder unbewusst geschieht, ist dabei unerheblich.

Awareness (im Weiteren auch: “Achtsamkeit”) ist ein Konzept, das sich gegen jede Form von Diskriminierung, Gewalt und Grenzverletzungen stellt, gegen verletzendes und grenzüberschreitendes Verhalten, wie z.B. aufgrund des Geschlechtes (sozial, biologisch), des Alters, der Herkunft, der Sexualität, Behinderungen oder Krankheiten.

Erstellung eines Achtsamkeits-Teams im Stadtverband Magdeburg

Diskriminierendes oder grenzüberschreitendes Verhalten ist mit den Prinzipien unserer Partei DIE LINKE. nicht vereinbar. Gleichwohl hat es in der Vergangenheit solche Fälle gegeben. Um dem entgegenzutreten, wird durch den Stadtparteitag ein Achtsamkeits-Team gewählt und im Stadtverband eingesetzt.

Das Achtsamkeits-Team sollte für mindestens zwei Jahre gewählt und durch einen einfachen Beschluss neu gewählt und/oder erweitert werden. Wünschenswert für die Mitwirkung im Team sind Menschen, die bereits eine entsprechende Awareness-Schulung hatten oder Erfahrungen mit Awareness-Arbeit bei Veranstaltungen gesammelt haben.

Erreichbarkeit

Das Achtsamkeits-Team ist per e-Mail und möglichst auch telefonisch erreichbar. Bei Stadtparteitagen und auch bei anderen Veranstaltungen des Stadtverbandes ist das Team vor Ort ansprechbar.

Das Awareness-Team ist für alle Genoss:innen, aber insbesondere für von Diskriminierung und/oder betroffene Personen ansprechbar. Auf Parteiveranstaltungen steht dem Achtsamkeits-Team ein geschützter Raum für Gespräche zur Verfügung. Das Achtsamkeits-Team muss sicherstellen, möglichst barrierearm und niedrigschwellig erreichbar zu sein. Das beinhaltet Kontaktmöglichkeiten auf unterschiedlichen Kanälen genauso wie die Verbreitung dieser Kontaktmöglichkeiten auf möglichst allen Wegen

(Erwähnung in Rundmails, Beschreibung in Social-Media-Kanälen, Ankündigung auf Veranstaltungen, etc.).

Grundsätze

1. Vertraulichkeit: Das Achtsamkeits-Team muss sicherstellen, dass Informationen, die Betroffene dem Achtsamkeits-Team mitteilen, absolut vertraulich bleiben, sofern es nicht explizit anders gewünscht wird. Vertraulichkeit beinhaltet weiterhin auch die Kommunikation über sichere Kanäle sowie den sicheren Umgang mit Informationen.
2. Parteilichkeit: Das Achtsamkeits-Team unterstützt Betroffene und vertritt dabei die Interessen dieser. In dieser Funktion zählen die Erlebnisse und Sichtweisen der betroffenen Person als Grundlage des Handelns des Achtsamkeits-Teams. Es gilt die Prämisse: Zuhören, nicht urteilen.
3. Definitionsmacht: Die von Gewalt oder Diskriminierung betroffene Person selbst definiert, welche Form der (sexualisierten) Gewalt oder Diskriminierung sie erlebt hat und wählt dabei die Begriffe, die für sie das Geschehene am besten beschreiben.

Ziel und Aufgabe des Achtsamkeits-Teams

Das übergestellte Ziel der Awareness-Arbeit ist es, Betroffenen zuzuhören und ihnen Raum für ihre Anliegen zu geben. Als linke Partei mit anti-diskriminatorischem Anspruch liegt es an uns allen, aufmerksam und bemüht zu sein, dieselbe Solidarität, die wir nach außen spiegeln wollen, auch nach innen zu tragen. Achtsamkeit/Awareness ist nicht nur Aufgabe des Achtsamkeits-Teams, sondern ein Appell an alle Genoss:innen.

Das Achtsamkeits-Team hat die Aufgabe, Betroffenen von Diskriminierung und persönlichen Grenzüberschreitungen im Stadtverband beizustehen und im Interesse dieser Betroffenen zu handeln.

Das Achtsamkeits-Team wird aktiv, wenn grenzüberschreitendes oder diskriminierendes Verhalten

- beobachtet wird oder Betroffene sich an das Achtsamkeits-Team wenden
- von anderen darauf hingewiesen wird
- von Personen in Bezug darauf um Hilfe gebeten wird.

Das Achtsamkeits-Team steht allen Genoss:innen des Stadtverbandes zur Verfügung.

Grenzüberschreitendes Verhalten ist eine Sache subjektiver Wahrnehmung Betroffener oder von Beobachter:innen. Die Definition darüber, ob grenzüberschreitendes oder diskriminierendes Verhalten vorgefallen ist, liegt ausschließlich bei der betroffenen Person. Jede von Gewalt oder Diskriminierung betroffene Person bestimmt aufgrund der

persönlichen Geschichte, Gegenwart und Erfahrung für sich selbst, was sie als grenzüberschreitend wahrnimmt. Nach diesem Grundsatz nimmt das Achtsamkeits-Team die Perspektive von Betroffenen ein und schützt sie. Es klärt nicht auf und es schlichtet nicht, sondern es stellt einen Rückzugsraum und Gesprächspartner:innen zur Verfügung und bespricht Handlungsmöglichkeiten.

Handlungsmöglichkeiten

- Aufsuchen von Hilfestrukturen gegen Diskriminierung und sexualisierte Gewalt (z. B. Hilfe beim Kontakt zu Institutionen wie WildWasser e. V.)
- Moderation von Gesprächen, wenn dies von der:dem Betroffenen gewünscht ist
- Hinweise, die jederzeit während der Parteiveranstaltung oder per Mail gegeben werden können, insbesondere zu Verhaltenskodizes
- vertrauliche, datenschutzgerechte Materialsammlung
- Begleitung von Ausschlussverfahren
- parteiöffentliche Kommunikation, wenn dies von der:dem Betroffenen gewünscht ist

Gewünschtes Verhalten

- Beteilige dich authentisch und aktiv. Dadurch trägst du zur Gesundheit und Langlebigkeit dieses Stadtverbandes bei.
- Verhalte dich rücksichts- und respektvoll in Wort und Tat.
- Bemühe dich um Zusammenarbeit, damit du Konflikte von Anfang an vermeiden kannst.
- Nimm Abstand von erniedrigender, diskriminierender oder belästigender Sprache und Verhalten.
- Achte auf deine Umgebung und die anderen Teilnehmenden. Mache die Gruppe oder andere Anwesende darauf aufmerksam, wenn du eine Situation, jemanden in Bedrängnis oder Verletzungen dieses Verhaltenskodexes bemerkst, selbst wenn sie zunächst belanglos erscheinen.

Gewünschte Diskussionsregeln

- Bitte diskutiere zum ehrlichen Wissens-/Meinungsaustausch, nicht zum Gewinnen. Versucht euch wirklich zu verstehen.
- Bleib beim Thema und halte dich kurz.
- Überlege vorher, was du schreiben willst. Wenn etwas missverständlich sein könnte und korrigiere es VOR dem Posten oder Veröffentlichen.
- Belehre dein Gegenüber nicht.

- Versuche, dich verständlich auszudrücken. Menschen unabhängig ihres Wortschatzes und Wissensstandes sollen dich und deine Meinung verstehen können.
- Vermeide persönliche Vorwürfe.
- Diskutiere deeskalierend und verzichte auf Ironie und Sarkasmus.
- Kritisiere sachlich und verzichte auf Beleidigungen.
- Wechsel die Perspektive und interpretiere wohlwollend.
- Es ist in Ordnung, wenn es zu keiner Einigung kommt. Meinungen können koexistieren.

Inakzeptables Verhalten

Inakzeptable Verhaltensweisen beinhalten Einschüchterung, Drohungen, Belästigung, beleidigende, polemische, diskriminierende, abwertende oder erniedrigende Sprache und Verhalten durch jegliche Teilnehmenden in unserem Stadtverband. Mach dich nicht über andere lustig. Dies gilt online, auf allen zugehörigen Veranstaltungen und in persönlichen Gesprächen. Belästigung beinhaltet verletzend oder abwertende mündliche oder schriftliche Kommentare in Bezug auf Geschlecht, Alter, sexuelle Orientierung, Abstammung, Religion oder Behinderung, also Sexismus, Transfeindlichkeit, Queerfeindlichkeit, Rassismus, Islamfeindlichkeit, Antisemitismus und Ableismus; unangemessene Verwendung von Nacktheit und/oder sexuellem Bildmaterial (inklusive Präsentationsslides); absichtliche Einschüchterung, Stalking oder Nachlaufen; belästigendes Fotografieren oder Filmen; ständige Unterbrechung von Vorträgen oder anderen Events; unangemessenen Körperkontakt und unerwünschte sexuelle Zuwendung.

Probleme innerhalb der Awarenessstrukturen

Auch innerhalb von Awarenessstrukturen und -teams können Probleme entstehen. Wenn sich Personen innerhalb des Teams uneinig sind oder Streit entsteht, kommt es zu einem Vertrauensverlust. Damit kann das Achtsamkeits-Team nicht mehr in ihrer eigentlichen Funktion als Schutzorgan für Betroffene agieren. In solchen Fällen soll der Kontakt zu externen Awarenessstrukturen gesucht und um Hilfe zur Klärung oder Vermittlung gebeten werden. Bei der Schulung, Aufstellung und Wahl des Achtsamkeits-Teams sollte sichergestellt werden, dass alle reflektions- und gesprächsbereit sind. Diese Eigenschaften sind für die Arbeit als Achtsamkeits-Team wünschenswert.

Auch gewünscht und angebracht ist konstruktive Kritik am Achtsamkeits-Team von außen. Ein Awareness-Team kann sich - genau wie alle Genoss:innen - auch irren. Jede:r Genoss:in kann selbst Teil des Achtsamkeits-Teams werden, solange die Voraussetzungen erfüllt sind.

**Bisher bekannte Kandidaturen für die Mitarbeit im
Achtsamkeits-Team des Stadtverbandes:**